



Palästina

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europa, Integration
und Äußeres

 **AUSTRIAN**
DEVELOPMENT
AGENCY

Einleitung

Die größten Herausforderungen für Palästina stellen die israelische Besetzung und die fehlende innerpalästinensische Aussöhnung dar. Nachhaltige Entwicklung ist nur möglich, wenn diese Herausforderungen überwunden werden.



BASISDATEN	
Staatsform	Teilweise Selbstverwaltung unter israelischer Besetzung; von den UN als Beobachterstaat anerkannt; von 139 Staaten jeweils im bilateralen Verhältnis als Staat anerkannt, davon 138 UN-Mitglieder und der zweite UN-Beobachterstaat Vatikan
Hauptstadt	Ostjerusalem (beansprucht)
Regierungssitz	Ramallah
Präsident	Mahmoud Abbas (Abu Mazen)
Regierungschef	Premierminister Dr. Rami Hamdallah
Außenminister	Riyad Al-Malki
Fläche	6.020 km ² (Westjordanland inkl. Ostjerusalem: 5.655 km ² ; Gaza: 365 km ²)
Bevölkerung	4,8 Mio. (Westjordanland inkl. Ostjerusalem: 2,9 Mio., Gaza: 2 Mio.)
Bevölkerungswachstum	2,8 %
Alphabetisierungsrate über 15 J.	Frauen: 95,8 % Männer: 98,6 %
Lebenserwartung	Frauen: 75,2 Jahre Männer: 72,1 Jahre
Armut	Absolut arm: 25,8 % (Gaza: 38,8 %; Westjordanland: 17,8%)
Säuglingssterblichkeit (2014)	22 von 1.000 Kindern sterben vor dem 5. Geburtstag
BIP pro Kopf (2017)	2.988 USD
HDI (Human Development Index, 2018)	0,686 (119. Stelle von 187)
Anteil der palästinensischen Binnenvertriebenen an Gesamtbevölkerung (2016)	42,1 % (Gaza: 70 %; Westjordanland: 27 %)

Zahlen vom Palästinensischen Zentralen Büro für Statistik 2018
Flüchtlingszahlen von UNRWA

Politische Situation

Territoriale Zersplitterung

Die Palästinensischen Gebiete bestehen aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland. Dieses ist stark fragmentiert: durch israelische militärische Sperrgebiete (insbesondere im Jordantal und im Süden), Naturschutzgebiete, die für PalästinenserInnen nicht zugänglich sind, die israelische Annexion Ostjerusalems und eine in Bau befindliche Trennbarriere zwischen Israel und Palästina. Diese Barriere verläuft nur zu 20 Prozent entlang der Grünen Linie, der Waffenstillstandslinie von 1949 und gleichzeitig der Demarkationslinie zwischen Israel und den von Israel 1967 eroberten Gebieten. Ganze 80 Prozent reichen weit in das Westjordanland hinein und schneiden zahlreiche BäuerInnen von ihren landwirtschaftlichen Flächen und Wasserquellen ab. Bei einer Länge der Grünen Linie von 320 km soll die Trennbarriere laut Planung im Endausbau einschließlich der Grenze am Jordanfluss 722 km lang sein.

Nahost-Friedensprozess

Sowohl die internationale Gemeinschaft als auch Israel und die PalästinenserInnen bekennen sich grundsätzlich zur Zwei-Staaten-Lösung. Diese Lösung soll durch Verhandlungen zwischen Israel und den von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vertretenen PalästinenserInnen erreicht werden. Verhandlungsziel sind zwei miteinander in Frieden und Sicherheit lebende Staaten. Der Antrag auf Zuerkennung des Status eines Beobachterstaats an Palästina durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde am 29. November 2012 angenommen.

Die Verträge zwischen Israel und der PLO, ein Ergebnis der Verhandlungen von Oslo in den Jahren 1993 bis 1995, führten zur Bildung der Palestinian Authority in Gaza und im Westjordanland. Seit einiger Zeit ist jedoch im bilateralen Verhandlungsprozess Stillstand eingetreten.

Seit Jänner 2016 bemühte sich die internationale Gemeinschaft auf der Grundlage eines französischen Vorschlages den Nahost-Friedensprozess durch die Bildung einer Internationalen Unterstützungsgruppe wieder in Gang zu bringen. Die rund 70 teilnehmenden Staaten und internationalen Organisationen, darunter auch Österreich, bekräftigten am 15. Jänner 2017 im Rahmen einer Konferenz in Paris ihr Bekenntnis zur Zweistaatenlösung. Am 6. Dezember 2017 erkannten jedoch die USA ganz Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Seither lehnen die PalästinenserInnen jegliche Vermittlung durch die USA ab. Als Antwort haben die USA jedwede Entwicklungshilfe für die Palästinensische Behörde und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) eingestellt. Für 2018 konnte der Ausfall der US-amerikanischen UNRWA-Beiträge durch die internationale Gemeinschaft ersetzt werden.

Internationale Organisationen und die palästinensische Regierung verweisen laufend auf die negativen Konsequenzen der israelischen Besatzung für den Nahost-Friedensprozess. Diese und die israelische Siedlungstätigkeit würden in der Praxis eine Ein-Staat-Situation zementieren. Die EU hat die israelische Siedlungstätigkeit mehrfach als völkerrechtswidrig und als Hindernis für den Frieden bezeichnet.

Innerpalästinensischer Konflikt

Seit der gewaltsamen Machtübernahme durch die Hamas in Gaza im Jahre 2007 übt die von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Palestinian Authority nur im Westjordanland tatsächlich die Regierungsgewalt aus. Eine Einigung zwischen den beiden großen palästi-

nensischen politischen Gruppierungen Fatah (Bewegung zur Nationalen Befreiung) und Hamas (Islamische Widerstandsbewegung) auf eine nicht nur nominell gemeinsame Regierung und Neuwahlen für Parlament und Präsidentschaft kam trotz verschiedener Vermittlungsanstrengungen bislang nicht zustande. Unter ägyptischer Führung wurde am 12. Oktober 2017 in Kairo ein Übereinkommen erzielt, im Rahmen dessen die Palestinian Authority auch im Gaza-Streifen wieder zur alleinigen Regierungsinstanz werden soll. Die Umsetzung des Abkommens stockt jedoch. Seit 30. März 2018 hat die Hamas in Gaza begonnen, Demonstrationen am Grenzzaun mit Israel zu organisieren. Sie arten häufig in Gewalt aus und es kommt immer wieder zu Schusswechseln, auch mit schweren Waffen. Mehr als 220 PalästinenserInnen (u.a. auch SanitäterInnen) und ein israelischer Soldat sind seither getötet worden. Über 19.000 PalästinenserInnen wurden verletzt.

Schwierige Lebensbedingungen

Die Besatzung ist das zentrale Entwicklungshindernis in Palästina. Die Bevölkerung benötigt zum Teil Genehmigungen, um sich in den besetzten Gebieten bewegen zu können. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden etwa 20 Prozent der Genehmigungsanträge für medizinische Behandlungen in palästinensischen Gesundheitseinrichtungen in Ostjerusalem von Israel ohne Angabe von Gründen und/oder Berufungsmöglichkeit abgelehnt.¹ Güter lassen sich nicht frei transportieren, Hauptstraßen dürfen nur sehr eingeschränkt benutzt werden. Teilweise müssen extrem zeitaufwändige und damit teure Umwege in Kauf genommen werden. Die Versorgung mit Wasser und Energie wird von Israel kontrolliert und ist teuer und unzuverlässig. Die verfügbare Menge an Wasser bewegt sich in den Dörfern südlich Hebrons sogar dauerhaft unter der von der WHO für Nothilfesituationen definierten Mindestmenge. Für den Großteil der palästinensischen Bevölkerung gestalten sich die Lebensumstände äußerst schwierig.

Die Armut in Palästina ist untrennbar mit der geschichtlichen und politischen Situation in den letzten fünf Jahrzehnten verbunden. Sie spiegelt sich vor allem in hoher Arbeitslosigkeit wider (32 Prozent in ganz Palästina, davon 54 Prozent im Gazastreifen und 10 Prozent im Westjordanland,² 70 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Gaza³) und ist nicht zuletzt eine Folge der Beschränkung der Mobilität durch das israelische Besatzungsregime.

Besonders besorgniserregende Bedingungen herrschen mittlerweile im Gazastreifen: 60 Prozent der Bevölkerung haben keinen Zugang zu Trinkwasser und 80 Prozent müssen irgendeine Form von Unterstützung in Anspruch nehmen. Der Krieg im Sommer 2014 verschlimmerte die Lage in Gaza weiter, ebenso wie die jüngste Eskalation seit März 2018. Auch im Westjordanland kam es zu einer ständigen Schmälerung der industriellen Basis. Palästina ist deswegen massiv von ausländischer Hilfe abhängig. Die EU leistet hierfür den mit Abstand größten Beitrag von rund 1 Milliarde Euro pro Jahr.

Menschenrechtssituation

1967 besetzte Israel das Westjordanland, Ostjerusalem, den Gazastreifen sowie die Golan-Höhen. 1980 annektierte es Ostjerusalem. Im Zuge der Besetzung entstanden auf palästinensischem Gebiet zahlreiche israelische Siedlungen. Inzwischen leben dort mehr als 500.000 SiedlerInnen. 2004 begann Israel mit dem Bau einer Trennbarriere, die dort, wo sie

¹ Ostjerusalem wurde von Israel annektiert und als souveränes israelisches Gebiet beansprucht.

² Weltbank: Oktober 2018

³ Weltbank: Oktober 2018

jenseits der Grünen Linie verläuft, dem Völkerrecht widerspricht.⁴ (Als Grüne Linie wird die Waffenstillstandslinie von 1949 bezeichnet, die gleichzeitig die Demarkationslinie zwischen Israel und den von Israel 1967 im Sechstagekrieg eroberten Gebieten ist.) Durch die Siedlungen und die Barriere wird nicht nur das Recht auf Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung verletzt, sondern auch das Recht auf Arbeit, Gesundheit, Bildung und einen angemessenen Lebensstandard.

Auch Organe der Palestinian Authority sind für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. So kommt es zu Verletzungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, willkürlichen Verhaftungen, Folter und der Missachtung des Rechtes auf ein faires Verfahren. Darüber hinaus ignorieren in einzelnen Fällen sowohl die Regierung als auch die Sicherheitskräfte ganz offenkundig die Rechtsprechung palästinensischer Gerichte, etwa bei der Forderung nach der Entlassung politischer Gefangener. Es herrscht eine Kultur der Straflosigkeit, die den Sicherheitskräften freie Hand gewährt. Diese Probleme sind in erster Linie auf die fehlende demokratische Kontrolle und die Rivalität zwischen Hamas und Fatah zurückzuführen.

Wirtschaft

Israel erlaubt ausschließlich den Transport von Konsumgütern in den Gazastreifen. Baustoffe können nicht in den Gazastreifen gebracht werden, außer wenige für Projekte der Vereinten Nationen benötigte Materialien. Das widerspricht den Forderungen der internationalen Gemeinschaft. Die Tunnel zwischen Gaza und Ägypten sind seit dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi geschlossen. Sie wurden unter der Kontrolle der Hamas gegraben und dienen zur Versorgung des Gaza-Streifens mit Baumaterialien, Treibstoff, Nahrungsmitteln und Konsumgütern, aber wurden auch zum Schmuggel von Waffen verwendet. Rund 70.000 Personen verloren wegen des Zusammenbruchs von Tunnel- und Bauwirtschaft ihren Arbeitsplatz. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt aktuell unter dem Wert von 1996.

Entwicklungspolitik Palästinas

Die Entwicklungspolitik Palästinas ist in der National Policy Agenda (2017-2022) verankert. Diese wurde im Februar 2017 angenommen.

Aufbauend auf den vorangegangenen Plänen sind die Schwerpunkte:

- **Gute Regierungsführung:** Stärkung von Polizei, Justizwesen, Rechtsstaatlichkeit und öffentlicher Verwaltung sowie insbesondere der kommunalen Strukturen zur Bewahrung der Staatsfähigkeit
- **Soziale Angelegenheiten:** Unterstützung von armen und anderen schutzbedürftigen BürgerInnen
- **Wirtschaft:** Schaffung von Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum
- **Infrastruktur:** Entwicklung eines leistungsfähigen und zugleich leistbaren Infrastrukturnetzes, Schutz der Umwelt und Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum

⁴ Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (2004)

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Förderung des Nahost-Friedensprozesses

Das österreichische Entwicklungszusammenarbeitsgesetz verweist ausdrücklich auf den Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung und Frieden. Das Grundanliegen der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in Palästina ist daher die Förderung des Nahost-Friedensprozesses mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung. Nur so kann ein nachhaltig wirksamer Beitrag zur Armutsminderung geleistet werden.

Grundlagen der Kooperation

Das österreichische Engagement wird vom Prinzip der Eigenverantwortung des Partnerlandes geleitet. Die inhaltliche Basis für die Zusammenarbeit bildet daher die National Policy Agenda (2017–2022).

Ein weiteres wesentliches Prinzip ist das Gleichstellungsgebot zwischen Frauen und Männern. Besonders wichtig ist dabei die UN-Resolution 1325 zur Einbeziehung von Frauen in alle Phasen von Friedensprozessen. Entsprechend der Road Map und der EU Action Strategy unterstützt Österreich die palästinensische Regierung beim Aufbau effizienter, demokratisch legitimierter und kontrollierter Institutionen eines zukünftigen zusammenhängenden, souveränen, demokratischen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem. Maßnahmen zur Staatsbildung genießen Priorität. Das entspricht den Prinzipien für ein Engagement in fragilen Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Thematische Schwerpunkte

Inhaltliche Schwerpunkte der Kooperation sind die Sektoren Wasser und Gesundheit. Humanitäre Unterstützung ergänzt dieses Engagement. Darüber hinaus trägt Österreich seit Juli 2013 zu einem Multigeberprogramm zugunsten der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und Ostjerusalem bei.

Wasserversorgung und Siedlungshygiene

Neben der Flüchtlingsproblematik, der Frage um Ostjerusalem und der Grenzziehung ist das Wassermanagement eines der Hauptprobleme im israelisch-palästinensischen Konflikt. Besonders strittig ist die restriktive Zuteilung von Wassergewinnungsmengen durch die israelische Besatzung. Nachdem dieser Faktor nur politisch beeinflusst werden kann, richten sich die Maßnahmen der ADA vor allem auf die administrative und technische Stärkung der zuständigen Betreiberorganisationen. Außerdem engagiert sich Österreich für die Erschließung alternativer Ressourcen.

Gesundheit

Gesundheit im Allgemeinen sowie die Prävention chronischer Krankheiten im Speziellen bilden einen weiteren Schwerpunkt der ADA in Palästina. Das österreichische Engagement im Gesundheitssektor baut auf langjähriger Erfahrung in der Prävention und Behandlung chronischer Krankheiten auf. Ein anderer wichtiger Pfeiler ist die Unterstützung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zur Aufrechterhaltung einer angepassten Gesundheitsvorsorge für palästinensische Flüchtlinge, insbesondere in den Nachbarstaaten.

Zivilgesellschaftliche Organisationen fördert die ADA insbesondere dort, wo die palästinensische Regierung nicht in der Lage ist, für die Bevölkerung flächendeckend soziale Dienstleistungen zu erbringen, oder wo sie die National Policy Agenda sinnvoll ergänzen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium leistet die ADA auch einen Beitrag zum Aufbau und zur Verbesserung der Kapazitäten der staatlichen Stellen.

Hochschule und Bildung

Durch das Hochschulkooperationsprogramm APPEAR setzt Österreich auch einen thematischen Schwerpunkt im Bereich Bildung.

Die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich geht jedoch weit über die Maßnahmen der ADA hinaus. Die österreichische Stipendiendatenbank www.grants.at bietet ein umfassendes Informationsangebot. Seit 2010 nehmen PalästinenserInnen am Executive Training Programme der Diplomatischen Akademie in Wien teil.

ODA Österreichs an Palästina

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)⁵ an Palästina beliefen sich im Zeitraum 1995 bis 2017 auf rund 93,7 Millionen Euro. Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), unterstützte im gleichen Zeitraum Programme und Projekte mit rund 75,1 Millionen Euro.

ODA Österreichs an Westjordanland und Gazastreifen, Auszahlungen in Mio. Euro

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Palästina	3,74	4,78	6,18	4,30	5,52	4,21
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,90	1,17	1,29	0,61	0,62	0,79
OEZA/ADA an Palästina in Mio. Euro	3,49	4,54	4,80	4,02	5,31	4,02
OEZA/ADA an Palästina in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	5,26	5,36	6,24	5,42	6,73	4,31

Quelle: ADA-Statistik

⁵ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Projektbeispiele

Bessere Wasserversorgung im Gazastreifen

Die Wasserversorgung im Gazastreifen ist prekär und hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Aufgrund von Übernutzung kommt es zur Versalzung des Grundwassers. Setzt sich dieser Trend fort, ist es langfristig nicht mehr als Trinkwasser oder für die landwirtschaftliche Bewässerung zu gebrauchen. Es herrscht dringend Handlungsbedarf. Die hygienischen Bedingungen und die Gesundheitsversorgung leiden unter dem qualitativ schlechten Wasser. Es könnten Krankheiten und Seuchen ausbrechen.

Projektträger:
Palestinian Water Authority (PWA)
Laufzeit:
01/2013–12/2021
ADA-Beitrag:
rd. 1.9 Mio. Euro

Um das zu verhindern, wurde in der Palästinensischen Wasserbehörde eine Koordinierungseinheit eingerichtet. Mit zusätzlichen Fachkräften und finanziellen Mitteln soll sie Lösungen für die Probleme finden. Sie eruiert anhand von Studien, welche konkreten Maßnahmen notwendig sind.

Einem dringenden Appell der Wasserbehörde folgend übernahm Österreich die Finanzierung der Koordinierungsstelle und unterstützt Palästina dadurch bei der Rettung des Grundwasserkörpers im Gazastreifen. Andere Geber finanzieren die dafür erforderlichen Maßnahmen anhand von Infrastrukturprojekten. Die Koordinierungsstelle bietet diesen Gebern die Gewähr, dass die von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zweckmäßig eingesetzt werden können.

Gesünderes Leben für Flüchtlinge

Palästinensische Flüchtlinge sind sozial benachteiligt und können die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ihrer Aufnahmegemeinschaften kaum mitgestalten bzw. von ihnen profitieren.

Projektträger:
UNRWA
Laufzeit:
01/2012–12/2018
ADA-Beitrag:
9,25 Mio. Euro

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) stellt den Betroffenen eine Gesundheitsversorgung zur Verfügung. Österreich beteiligt sich am UNRWA-Gesundheitsprogramm im Westjordanland und im Gazastreifen seit 2012 und hat seitdem 9,25 Millionen Euro bereitgestellt. Die Flüchtlinge erhalten durch die Einführung von FamilienärztInnen (ähnlich österreichischen HausärztInnen) einen direkten und kosteneffizienten Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Die Menschen leben gesünder und auch die Ausbreitung von Krankheiten kann so besser kontrolliert und unterbunden werden.

Hoffnung für C-Gebiet und Ostjerusalem

62 Prozent des Westjordanlands sind laut dem Abkommen von Oslo als C-Gebiete ausgewiesen. Diese Zonen stehen vollständig unter israelischer Kontrolle und Verwaltung. Viele Menschen sehen durch die restriktiven Verwaltungsmaßnahmen keine Zukunftsperspektiven und wandern ab. Seit der Besetzung im Jahr 1967 hat sich die Bevölkerungszahl auf 150.000 halbiert. Die Anerkennung des C-Gebiets und Ostjerusalems als souveränes palästinensisches Gebiet durch Israel ist für einen zukünftigen palästinensischen Staat und damit für die Zwei-Staaten-Lösung unerlässlich. Daher hat auch die EU die Notwendigkeit der Entwicklung dieses Gebietes in ihren Ratschlussfolgerungen verankert.

Projektträger:
UNDP
Laufzeit:
10/2013–06/2019
ADA-Beitrag:
5,9 Mio. Euro

Österreich engagiert sich in einem Multigeberprogramm, das vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) durchgeführt wird. Ziel ist die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung des C-Gebietes und Ostjerusalems, der Schutz von palästinensischem Land und Besitz sowie die Eindämmung der Abwanderung der Bevölkerung. Die Wasser- und Gesundheitsversorgung werden verbessert, Landstraßen ausgebaut, Mikrokredite und Hilfe beim Start von Kleingewerben sowie rechtliche Beratung zur Verfügung gestellt.

Humanitäre Unterstützung für bedürftige Familien

Der Finanzierungsmechanismus PEGASE ist ein Instrument der Europäischen Kommission, um den palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan in folgenden Bereichen zu unterstützen: gute Regierungsführung, soziale, wirtschaftliche und Privatsektorentwicklung und öffentliche Infrastruktur.

Der österreichische Beitrag kommt besonders bedürftigen palästinensischen Familien zugute. Dadurch trägt Österreich gemeinsam mit der Europäischen Kommission und anderen Gebern dazu bei, jährlich rund 119.000 Familien ohne regelmäßiges Einkommen mit Sozialhilfe-Zahlungen zu unterstützen, insbesondere Familien mit Frauen als alleinigem Haushaltsvorstand. Die Europäische Kommission und das palästinensische Sozialministerium überprüfen die Anspruchsberechtigung und die Bedürftigkeit. Rund zwei Drittel der EmpfängerInnen leben im Gazastreifen.

Projekträger:
Europäische Kommission
Laufzeit:
seit 07/2008
ADA-Beitrag seit 2008:
12,25 Mio. Euro

APPEAR – neue Qualität der Zusammenarbeit für Hochschulen

Hochschulen in Entwicklungsländern brauchen Unterstützung. Seit 2010 fördert die ADA mit dem Programm APPEAR Partnerschaften zwischen österreichischen Universitäten und Fachhochschulen und wissenschaftlichen Institutionen in den Schwerpunktländern und -regionen. Eine Kooperation zwischen der Islamic University of Gaza und der Universität Graz läuft seit Mitte 2017. Dadurch soll die palästinensische Bildungsverwaltung Geschlechtergleichstellung mehr berücksichtigen. So wird beispielsweise ein Curriculum für einen Gender-Schwerpunkt erstellt und das Personal der palästinensischen Partneruniversität in interdisziplinärer Geschlechterforschung geschult.

Koordinierende Institution:
Islamic University of Gaza
Partnerinstitution:
Universität Graz
Laufzeit:
06/2017–06/2020
ADA-Beitrag:
270.000 Euro

Service

Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Behörde

VIP Centre, 100 Al-Kawthar Street
El-Bireh, Ramallah
Tel.: (+972/2) 240 14 77
Fax: (+972/2) 240 04 79
E-Mail: ramallah@ada.gv.at
Amtsbereich: Palästinensische Gebiete

Vertretung von Palästina in Österreich

Josefsgasse 5, 1080 Wien
Tel.: (+43/1) 408 82 02, 408 82 03
Fax: (+43/1) 408 81 19
E-Mail: office@palestinemission.at

Links

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit:

<https://www.entwicklung.at/laender/palaestina>

Palästinensisches Zentrales Büro für Statistik (PCBS)

<http://www.pcbs.gov.ps/>

United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA)

<https://www.unrwa.org/>